Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Warum Impfen zum Ziel führt – aber eine Pflicht jetzt das falsche Mittel ist
2. Wer nicht impfen will, muss fühlen..?
3. Politik der Hochmütigen
4. Impfpflicht soll in der ganzen EU kommen
5. Ungeimpfte sind für Dreiviertel aller Infektionen verantwortlich
6. Mehr Kinder mit Covid-19 auf Intensivstationen – Das sagt ein Experte
7. Doch eine ’self-executing‘ Ausgangssperre
8. Der Westen hat eine neue «Iron Lady»
9. Moskau will Sicherheit
10. Umfrage: Mehrheit der US-Amerikaner betrachtet China als Bedrohung Nummer eins
11. Die USA müssen zuerst ihren eigenen Völkermord-Tumor entfernen
12. Energiekosten explodieren: Was können wir tun?
13. Warnungen vor Blackout in Frankreich wegen AKW
14. „Wir waren drauf und dran, uns anzupassen, der Gleichschaltung zu unterziehen“

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Warum Impfen zum Ziel führt – aber eine Pflicht jetzt das falsche Mittel ist**
   Der designierte Bundeskanzler Olaf Scholz berät heute mit den Ministerpräsidenten über eine allgemeine Impfpflicht. Die Vorstellung, diese werde alles richten, ist verlockend. Aber die Impfpflicht ist nicht die Lösung – aus drei Gründen. […]
   Nun soll es, wenn es nach dem designierten Bundeskanzler Olaf Scholz – und wohl auch den Mehrheiten in Bundestag und Bevölkerung – geht, eine allgemeine Impfpflicht richten. Die Vorstellung, durch eine drastische aber wirkungsvolle

Therapie das Corona-Problem ein für alle Mal zu heilen, ist zweifellos verlockend. Die allgemeine Impfpflicht ist jedoch das falsche Mittel zum falschen Zeitpunkt, und zwar aus drei Gründen.
Erstens haben wir nicht die richtigen Impfstoffe, mit denen sich eine allgemeine Impfpflicht rechtfertigen ließe. Nachdem Deutschland die einst gepriesenen Vektorimpfstoffe von Astrazeneca und Johnson&Johnson de facto ausgemustert hat, stehen uns von Biontech und Moderna sichere mRNA-Vakzinen zur Verfügung. Sie wurden jedoch gegen den ursprünglichen Wuhan-Typ des neuen Coronavirus Sars-CoV-2 entwickelt. Die Hersteller haben sie, entgegen anfänglicher Versprechungen, bislang nicht an die Delta-Variante angepasst.
Bei Delta ist die Schutzwirkung vor schwerer Erkrankung vermindert, weswegen in der besonders gefährdeten Altersgruppe ab 60 Jahren derzeit etwa die Hälfte der Intensivpatienten vollständig geimpft ist. Dieser Anteil steigt sogar schneller als die Impfquote, was darauf hindeutet, dass sich Geimpfte in falscher Sicherheit wiegen und auf 2G-Veranstaltungen ohne Schutzmaßnahmen einem hohen Infektionsrisiko ausgesetzt sind.
Quelle: Alexander Kekulé auf Focus Online

2. **Wer nicht impfen will, muss fühlen..?**
Zudem ist vieles an Argumenten der Verantwortlichen unklar und widersprüchlich. Wenn die Impfstoffe so gut erforscht waren, warum hat man immer wieder ihre Wirksamkeit korrigieren müssen? Und warum hat man zu Beginn der Impfkampagne den Menschen suggeriert, mit einem „Pieks“ ihre Freiheit zurückzugewinnen, wenn man nicht wissen konnte, dass es eine Freiheit auf begrenzte Zeit sein würde? Muss man sich jetzt wundern, dass viele Menschen denken, sie hätten ihre Pflicht erfüllt. Haben wir also wirklich eine Pandemie der Ungeimpften oder ist es eine Pandemie der sorglosen Geimpften oder keins von beiden?
Auch der Blick über die Grenze hilft. Vor wenigen Monaten wurde in vielen Ländern und auch bei uns noch über einen Freedom Day gesprochen. Österreichs Ex-Kanzler Kurz erklärte die Pandemie sogar für beendet. Und selbst der SPD Gesundheitsexperte Karl Lauterbach sah noch vor wenigen Wochen keinen Anlass für einen weiteren Lockdown und sprach von einem bevorstehenden Ende der Pandemie (Quelle Interview WDR). Überall regierte Unbeschwertheit und Freude und eine vollmundige Ankündigung jagte die nächste. „Mit uns wird es keine… geben“ mutierte zum Wahlslogan und leere Versprechungen zu machen schien leichter, als realistische Einschätzungen zu geben. Plötzlich ist alles anders. Und aus Versprechungen werden Versprecher. […]
Dazu kommt die Intransparenz über die Impfstoffe. Bei einem Anruf in der Hotline des Bundesgesundheitsministeriums vor einigen Monaten, wurde mir auf die Frage,

welchen Impfstoff man mir empfiehlt gesagt, dass es zur Zeit keine evidenten Erkenntnisse über die Wirksamkeit gäbe und man daher zu einer Kreuzimpfung mit anschließender Boosterimpfung rate. Eine Impfung auf Verdacht?
Der Impfstoff Johnson & Johnson, der bis vor kurzem noch massenweise verabreicht wurde, gilt mittlerweile sogar fast schon als Placebo. Selbst die offizielle Corona Warnapp der Bundesregierung fordert die Geimpften dazu auf, sich nach weniger als 2 Monaten nachimpfen zu lassen. Ist es also ein Wunder, dass ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung skeptisch geworden ist und sich nicht in einen Topf schmeißen lassen will, mit unbelehrbaren Coronaleugnern und sturen Impfverweigerern und warum wird dann gerade von denen, die sonst so sensibel auf jegliche Form von Einschränkungen ihrer Freiheiten reagieren gefordert, dass man diese Menschen weiterhin ausgrenzt und stigmatisiert, statt einen gesellschaftsübergreifenden und aufklärerischen Diskurs über realistische und angemessene Maßnahmen zur Pandmiebekämpfung zu initiieren? Selten hat man eine Regierung erlebt, die so sehr in Kauf genommen hat die Bevölkerung gegeneinander auszuspielen, um ihre eigene Fehler zu kaschieren. Zudem ist es offensichtlich mittlerweile zur zentralen Gewissensfrage geworden, für oder gegen etwas zu sein. Menschen, die sich außerhalb der Comfortzone der Mehrheitsmeinung bewegen, sind Abtrünnige und nicht selten Idioten, die nicht verstanden haben, was die Stunde geschlagen hat, obwohl es schon längst zu spät ist. Dabei gäbe es den gleichen Vorwurf all denjenigen zu machen, die nicht sehen, wie wir en passant gerade jede Zugriffsmöglichkeit auf die Instanzen unserer Demokratie vergeben.
Quelle: Serdar Somuncu via Facebook

3. **Politik der Hochmütigen**
   Ungeimpfte beschimpfen, vom sozialen Versagen der Regierenden aber schweigen – warum die Pandemie so nicht enden wird
   Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik war die Verachtung der Armen so salonfähig wie in der aktuellen Pandemie. Fast alle Debatten um Impfpflicht, 2G oder Lockdown kommen ohne die Perspektive derer aus, die unter den Maßnahmen am meisten leiden: Erwerbslose, Niedriglöhnerinnen, Wohnungslose, Scheinselbstständige, Geflüchtete, Armutsrentner – Menschen eben, die auf engem Raum und mit wenig Gesundheitsschutz leben. Für sie sind die Einschränkungen, auf deren Ertragen sich die sogenannte bürgerliche Mitte so viel einbildet, schon immer die Normalität. Reisefreiheit gibt es für ökonomisch Schwache auch ohne Corona nicht, ebenso wie Restaurant-, Theater-, Club- oder Kinobesuche.
   Quelle: der Freitag

dazu: Otto Schily: Allgemeine Impfpflicht ist unverantwortlich und

verfassungswidrig
Impfunwillige seien zunehmenden Anfeindungen und Mobbing ausgesetzt. Bei einer Impfpflicht könnten sie durch Zwangsgelder in die Armut getrieben werden.
Quelle: Berliner Zeitung
Originalquelle: Welt Online (Bezahlschranke)

4. **Impfpflicht soll in der ganzen EU kommen**
   Ursula von der Leyen will eine Impfpflicht in der ganzen EU. Brüssel koordiniert die Verträge mit den Pharma-Firmen. Große Transparenz herrscht nicht.
   EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat sich dafür ausgesprochen, eine allgemeine Corona-Impfpflicht in der Europäischen Union zu prüfen. „Wir sollten möglicherweise über eine verpflichtende Impfung in der EU nachdenken“, sagte von der Leyen am Mittwoch in Brüssel. Sie begründete dies unter anderem mit der Ausbreitung der neuen Omikron-Variante. Von der Leyen sagte: „Wir hoffen auf das Beste und bereiten uns auf das Schlimmste vor.“ In zwei bis drei Wochen wüssten die Wissenschaftler mehr über die Risiken. Die womöglich nötige Anpassung der Impfstoffe werde dann „rund hundert Tage dauern“.
   Quelle: Berliner Zeitung
5. **Ungeimpfte sind für Dreiviertel aller Infektionen verantwortlich**
   Die Ungeimpften treiben derzeit die Pandemie an. Das hat Auswirkungen auf die Massnahmen zur Viruseindämmung.
   Nachrichten und Studiendaten über zunehmende Impfdurchbrüche und abnehmende Impfeffektivität lassen die Frage aufkommen, ob denn Impfen überhaupt noch einen positiven Einfluss auf den Verlauf der Pandemie hat. Unbestritten ist, dass die Impfung die allermeisten Personen über mehrere Monate hinweg vor einem schweren Covid-19-Verlauf schützt. Eine neue Studie von Berliner und Erfurter Forschern zeigt nun, in welchem Ausmass Ungeimpfte und Durchbruchinfektionen zu den steil ansteigenden Neuinfektionen beitragen, die Deutschland seit einigen Wochen vermeldet.
   Quelle: NZZ

   ***Anmerkung unseres Lesers S.S.:** Die Studie auf die sich dieser Artikel bezieht wird seit Tagen in den Medien breit rezipiert, und ist wohl die willkommene „wissenschaftliche“ Rechtfertigung für die Impfpflicht. Hierin wird vorgeblich das tatsächliche Infektionsgeschehen im Oktober 2021 in Deutschland beschrieben. Der Clou ist jedoch, dass es sich keineswegs um eine Auswertung empirischer Daten zu Übertragungswegen handelt, sondern um eine theoretische Modellierung unter vielfältigen Modellannahmen (darunter durchaus fragwürdige Annahmen zur Impfeffektivität). Was im Modell aber gänzlich unberücksichtigt bleibt, sind die seit*

September weitgehend geltenden 3G und 2G Regeln für die relevantesten Risikosituationen im öffentlichen Raum. Die hierdurch bewirkte Verminderung der von Ungeimpften ausgehenden Übertragungen des Virus aufgrund vorsorglicher Testungen oder Ausschließungen (derweil die nicht-getesteten Geimpften das Virus munter weitergeben) kommt im Modell schlicht nicht vor. Unter diesen Voraussetzungen so zu tun, als würde man die Wirklichkeit der Epidemie beschreiben, ist unredlich. Gleichwohl darf man getrost annehmen, dass das Bundesverfassungsgericht sich auf diese Studie beziehen wird, wenn es irgendwann im Jahr 2023 in einer Entscheidung in der Hauptsache die kommende Impfpflicht einfach durchwinkt.

6. **Mehr Kinder mit Covid-19 auf Intensivstationen – Das sagt ein Experte**
   Die Zahl der Corona-Fälle von Kindern auf Intensivstationen ist im November gestiegen. Doch Mediziner geben Entwarnung: Die meisten von ihnen wurden dort wegen anderen Erkrankungen behandelt und nur zufällig positiv getestet.
   Auf Kinderintensivstationen in Deutschland ist die Zahl der Corona-Fälle laut Divi-Intensivregister im November deutlich gestiegen, allerdings auf niedrigem Niveau. Fachleute geben jedoch Entwarnung: „Die allermeisten dieser Kinder sind wegen anderer Erkrankungen in Behandlung und haben keine Covid-19-Symptome“, sagte der Kinder-Intensivmediziner Florian Hoffmann der Deutschen Presse-Agentur. Er ist Generalsekretär der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (Divi) und Oberarzt im Dr. von Haunerschen Kinderspital in München.
   Quelle: Welt Online
7. **Doch eine ’self-executing‘ Ausgangssperre**
   Zur Auslegung des Schrankenvorbehalts bei Eingriffen in die Freiheit der Person
   Mit seinem Beschluss vom 19. November 2021 (Bundesnotbremse I) hat das Bundesverfassungsgericht nicht nur die lange ersehnte Antwort auf die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit von Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen gegeben. Es hat sich zugleich zu der hoch umstrittenen Frage geäußert, ob die »Bundesnotbremse« Ausgangsbeschränkungen unmittelbar durch Gesetz anordnen durfte. Obwohl die grundrechtlich geschützte Freiheit der Person mit einem speziellen Schrankenvorbehalt ausgestattet ist, der nach seinem Wortlaut nur Eingriffe aufgrund Gesetzes zulässt (Art. 2 Abs. 2 S. 2/3, Art. 104 Abs. 1 S. 1 GG), sieht das BVerfG in der unmittelbar wirkenden Ausgangssperre keine Verletzung jenes Schrankenvorbehalts. Die Argumente des Gerichts überzeugen nicht. Auch ein weites Verständnis von Eingriffen in die Freiheit der Person vermag an dem engen Schrankenvorbehalt in Art. 2 Abs. 2 S. 3, Art. 104 Abs. 1 S. 1 GG nichts zu ändern.
   Quelle: Verfassungsblog

8. **Der Westen hat eine neue «Iron Lady»**
   Die neugewählte britische «State Secretary» für Aussenpolitik zeigte sich in Estland den Medien auf einem britischen Panzer.
   Liz Truss war in UK als Ministerin seit 2019 zuständig für die Frauen und deren Gleichberechtigung. Was sie unter Gleichberechtigung versteht, demonstrierte sie als neue Aussenministerin jetzt am Treffen der NATO-Aussenminister in Estland. Sie stieg auf einen Panzer der britischen Streitkräfte in einer NATO-Basis, um von dort zu erklären, wie UK der Ukraine helfen wird, sollte sie von Russland angegriffen werden. Die englischen Medien erkannten sofort, dass die neue Aussenministerin den gleichen Trick anwendete, den schon «Iron Lady» Margaret Thatcher angewendet hatte. Auch die Eiserne Lady Margaret Thatcher liess sich damals – 1986 in Deutschland – auf einem Panzer mediengerecht ablichten!
   Quelle: Infosperber
9. **Moskau will Sicherheit**
   Zum Abschluss ihres zweitägigen Außenministertreffens in Riga haben die NATO-Staaten Russland aufgefordert, »Transparenz« über seinen Truppenaufmarsch entlang der eigenen Westgrenze herzustellen. US-Außenminister Antony Blinken erklärte, jede »neuerliche Aggression« gegen die Ukraine werde »schwerwiegende Konsequenzen« nach sich ziehen. Als Reaktion verlangte der russische Präsident Wladimir Putin von der NATO ein Ende der Osterweiterung des westlichen Militärpakts. Russland brauche »starke, verlässliche und langfristige Sicherheitsgarantien«, sagte Putin am Mittwoch im Kreml vor ausländischen Botschaftern. »Im Dialog mit den USA und ihren Verbündeten werden wir darauf bestehen, dass konkrete Vereinbarungen ausgearbeitet werden, die jedwedes weitere Vorschreiten der NATO nach Osten und die Stationierung von bedrohlichen Waffensystemen in unmittelbarer Nähe des Gebiets der Russischen Föderation ausschließen.«
   Der als Gast in Riga anwesende ukrainische Außenminister Dmitro Kuleba forderte, ein »Abschreckungspaket« zu bündeln, um Russland von der »schlechtestmöglichen Option« abzuhalten, die Ukraine anzugreifen. Kuleba plädierte zudem für eine intensivere Ausbildung der ukrainischen Armee durch die NATO und weitere Waffenlieferungen. Diese hatten allein aus den USA in diesem Jahr bereits einen Wert von 2,5 Milliarden Dollar (etwa 2,2 Milliarden Euro). Weitere Lieferungen sind in Vorbereitung, darunter Flugabwehrraketen des Typs »Stinger«, die der Sowjetarmee einst in Afghanistan die Luftherrschaft genommen hatten.
   Russland wies die westlichen Forderungen zurück. Die Sprecherin des Außenministeriums, Marija Sacharowa, sagte in Moskau, wenn die NATO Satellitenbilder habe und veröffentliche, dann gebe es auch die geforderte Transparenz. Im übrigen sei auch Russland »besorgt«, weil die NATO immer mehr

schweres Gerät immer näher an seinen Grenzen stationiere. Laut Sacharowa hat die Ukraine im Grenzgebiet zum Donbass inzwischen 125.000 Mann stationiert – das sei die Hälfte ihres gesamten Personalbestandes und mehr als das russische Kontingent, das inzwischen auf 115.000 Mann geschätzt wird.
In Kiew forderte der ukrainische Präsident Wolodimir Selenskij unterdessen direkte Gespräche mit Russland. Ohne solche Gespräche werde es unmöglich sein, den Donbass zurückzuholen, sagte Selenskij am Mittwoch in seiner Jahresbotschaft an die Nation im ukrainischen Parlament. Auch die westlichen Partner des Landes hätten hierzu geraten, so Selenskij.
Das Problem ist, dass solche Äußerungen über angebliche Gesprächsbereitschaft Selenskijs in der Luft hängen. Die Ukraine ist nicht zu irgendwelchen praktischen Verbesserungen der Beziehungen bereit.
Quelle: Reinhard Lauterbach in junge Welt

10. **Umfrage: Mehrheit der US-Amerikaner betrachtet China als Bedrohung Nummer eins**
Mehr als die Hälfte der US-Amerikaner (52 Prozent) sind der Ansicht, dass die größte Bedrohung für die Vereinigten Staaten von China ausgehe. Dies geht aus einer am Mittwoch veröffentlichten Erhebung von Beacon Research hervor, die von der Denkfabrik RRPFI (Ronald Reagan Presidential Foundation & Institute) in Auftrag gegeben wurde. Im Vergleich dazu nannten 14 Prozent Russland als Hauptbedrohung, und zwölf Prozent sagten dasselbe über Nordkorea.
In der ersten RRPFI-Umfrage im Jahr 2018 hatten lediglich 21 Prozent der US-Bürger Peking als Bedrohung Nummer eins angesehen, während 30 Prozent Russland als solche betrachtet hatten.
In einer Erklärung erläuterte die RRPFI:
“Es besteht ein parteiübergreifender Konsens über die Bedrohungen, denen wir gegenüberstehen. Zum ersten Mal sagt eine Mehrheit der Befragten, dass eine einzige Nation die größte Bedrohung für die Vereinigten Staaten darstellt: China.”
Bei der Frage, was sie am meisten an China beunruhigt, nannten die Befragten Chinas wirtschaftliche Praktiken (20 Prozent), militärische Aufrüstung (19 Prozent), angebliche Menschenrechtsverletzungen (17 Prozent) und die Außenpolitik des Landes (13 Prozent). Darüber hinaus gaben 23 Prozent der Befragten an, sie seien besorgt über Pekings KI-Technologien. Weitere 23 Prozent zeigten sich beunruhigt über die potenzielle Anfälligkeit der Lieferketten.
Quelle: RT DE

dazu: Baerbock kündigt mehr Härte gegen China an
Die Grünen-Chefin und designierte Außenministerin Annalena Baerbock hat einen

härteren Kurs gegenüber autoritär regierten Staaten wie China angekündigt. “Dialog ist der zentrale Baustein internationaler Politik. Aber das heißt nicht, dass man Dinge schönreden oder totschweigen muss”, sagte Baerbock der Tageszeitung “taz”. “Für mich ist eine wertegeleitete Außenpolitik immer ein Zusammenspiel von Dialog und Härte.”
Baerbock äußerte sich zu der Frage, ob Deutschland mit Blick auf China mit einer grünen Außenministerin stärker auf Konfrontation gehen werde. Die Grünen-Politikerin sagte unter Anspielung auf die scheidende Regierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel: “Beredtes Schweigen ist auf Dauer keine Form von Diplomatie, auch wenn das in den letzten Jahren von manchen so gesehen wurde.” (…)
Konkret schlug Baerbock unter anderem Importbeschränkungen für den europäischen Binnenmarkt vor. “Wenn es keinen Zugang mehr gibt für Produkte, die aus Regionen wie Xinjiang stammen, wo Zwangsarbeit gängige Praxis ist, ist das für ein Exportland wie China ein großes Problem”, sagte sie. “Diesen Hebel des gemeinsamen Binnenmarkts sollten wir Europäer viel stärker nutzen.” Nötig sei eine gemeinsame europäische China-Politik.
Einen Boykott der Olympischen Winterspiele in Peking schloss Baerbock nicht aus: “Wir sollten natürlich auch die Olympischen Spiele genauer in den Blick nehmen. Da gibt es für Regierungen unterschiedliche Formen des Umgangs, die in den kommenden Wochen sicherlich diskutiert werden.” Die USA und Großbritannien erwägen, die Olympischen Spiele in China diplomatisch zu boykottieren. Hintergrund sind Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik.
Quelle: n-tv

Anmerkung Christian Reimann: *Offensichtlich möchte sich Frau Baerbock als Bundesaußenministerin dafür einsetzen, dass auch die Mehrheit der Deutschen China als Bedrohung Nummer eins betrachtet. Oder soll es Russland sein? Sie wäre auf alle Fälle eine Katastrophe für diesen Posten. Bitte lesen Sie dazu auch:*

a. *Die Eskalation des Konflikts zwischen West und Ost läuft auf Touren – maßlos und verantwortungslos*
b. *Rückfall in die Systemkonkurrenz d. h. Rückfall in den Kalten Krieg*
c. *Willy Brandts Entspannungspolitik – einst gestaltet – heute verspielt – künftig überlebensnotwendig.*

11. **Die USA müssen zuerst ihren eigenen Völkermord-Tumor entfernen**
Für die Ureinwohner der USA ist Thanksgiving ein Tag der Trauer. An diesem Feiertag versammeln sich Angehörige indianischer Stämme aus der Neuengland-Region der Vereinigten Staaten, um „des Völkermords, der Landnahme und der unerbittlichen

Verletzung der Kultur von Millionen von Ureinwohnern“ zu gedenken. Daher ist es ironisch, dass die weißen Amerikaner einen Tag des Dankes eingeführt haben, um den Indianern für die Rettung ihres Lebens zu danken.
Die amerikanischen Politiker, die den so genannten „Gipfel für Demokratie“ organisieren, sollten nicht so tun, als ob sie die Schreie und Klagen der indigenen Völker Amerikas nicht gehört hätten! Wenn die Vereinigten Staaten Gastgeber werden wollen, sollten sie zuerst ihr Haus aufräumen und ihren eigenen Völkermord-Tumor entfernen.
Als amerikanische Ureinwohner halfen die Indianer den ersten Siedlern auf dem nordamerikanischen Kontinent, wurden aber im Gegenzug mit Völkermord und Diskriminierung belohnt. Abgeschlachtet, ausgegrenzt und vergessen – die rassistische Tragödie der amerikanischen Indianer geht weiter. Die langjährige Politik der US-Regierung der physischen Ausrottung, der geistigen Sklaverei und der kulturellen Assimilierung hat die ursprünglichen Besitzer des amerikanischen Kontinents zu einer „Rasse im Aussterben“ gemacht. Die New York Times räumte ein, dass die Behandlung der Indianer durch die Vereinigten Staaten „das schändlichste Kapitel“ in der Geschichte des Landes sei.
Auch heute noch ist der Rassismus in den Vereinigten Staaten weit verbreitet und bereitet den amerikanischen Minderheiten „unerträglichen“ Schmerz. Laut einer Ende Oktober veröffentlichten Umfrage des Pew Research Center glauben 74 Prozent der Amerikaner, dass Rassendiskriminierung ein ernstes Problem in der amerikanischen Gesellschaft ist.
Der allgegenwärtige Rassismus ist ein eindeutiger Beweis für das Scheitern der „amerikanischen Demokratie“. Den Ergebnissen einer kürzlich durchgeführten Umfrage des Instituts für Politik der John F. Kennedy School of Government zufolge sind 52 Prozent der jungen Amerikaner der Ansicht, dass die amerikanische Demokratie in Schwierigkeiten geraten sei oder versagt habe. Wie kann die US-Regierung einen so genannten „Gipfel für Demokratie“ abhalten, wenn sogar die eigene Bevölkerung pessimistisch und enttäuscht von der amerikanischen Demokratie ist?
Quelle: CRI online

Anmerkung Christian Reimann: *Informationen wie diese sollten die Transatlantiker in und um die deutsche Bundesregierung berücksichtigen, anstatt permanent für “gemeinsame Werte” mit den USA werben.*

12. **Energiekosten explodieren: Was können wir tun?**
Verbraucherschützer fordern, dass Strom- und Gassperren ausgesetzt werden. Das ist

nicht der einzige Vorstoß
Deutschlands Verbraucher stöhnen unter der steigenden Inflation, die insbesondere von den Energiepreisen getrieben wird. Namentlich die Strompreise erklimmen immer neue historische Höchststände, während Öl-, Benzin- und Gaspreise in den letzten beiden Jahrzehnten bereits zeitweise ähnlich hoch oder gar höher waren.32,16 Cent pro Kilowattstunde kostet der Strom nach einer Analyse des Bundesverbandes der Energie und Wasserwirtschaft private Kunden in diesem Jahr.
Das Statistische Bundesamt kommt für das erste Halbjahr 2021 nach einem Bericht der Tagesschau sogar auf 32,62 Cent pro Kilowattstunde, was einer Steigerung von 4,7 Prozent binnen Jahresfrist entspräche. So teuer war der Strom noch nie, und eine zunehmende Zahl an Menschen kann sich das schon jetzt kaum noch leisten. Dabei steigen die Preise weiter an.
Quelle: Telepolis

13. **Warnungen vor Blackout in Frankreich wegen AKW**
Alle Jahre steht das Atomstromland mit seinem uralten Atompark vor dem Blackout, wenn die Temperaturen sinken, davor warnt nun auch Bloomberg
Die große US-Nachrichtenagentur Bloomberg hat in einem ausführlichen Artikel auf die Energiekrise in Europa hingewiesen. Wie Krass & Konkret schon im Oktober festgestellt hatte, verweist nun auch Bloomberg darauf, dass die Energiepreise hier immer wieder neue Rekorde brechen, sogar „noch bevor der Winter so richtig einsetzt und eine der schlimmsten Kostenexplosionen der Geschichte droht“, wenn die Temperaturen noch stärker sinken werden.
Nach Bloomberg mussten in Großbritannien schon einige Industrieunternehmen ihre Produktion drosseln, das wird als „Vorbote“ auf das gesehen, was Europa droht, wenn die Preise noch weiter steigen. Bloomberg hat allerdings vergessen, dass in Spanien zum Teil die Produktion von Stahlfirmen schon eingestellt wurde, weil die Strompreise in dem Land mit einem absurden Tarifsystem besonders explodiert sind. Da schon die erste Kältewelle über Spanien liegt, war der Großhandelspreis pro Megawattstunde am Dienstag im Tagesdurchschnitt wieder auf 275 Euro gestiegen. Er lag damit nur noch knapp unter dem Allzeithoch vom 7. Oktober (289 Euro). Am Abend kostete der Strom, der über Smart-Meter direkt auf die Kunden abgewälzt wird, sogar schon 309 Euro.
Quelle: Krass & Konkret

14. **„Wir waren drauf und dran, uns anzupassen, der Gleichschaltung zu unterziehen“**
Nina Hagen erinnert sich, wie sie nach dem Erfolg von „Du hast den Farbfilm vergessen“ immer mehr auf Distanz zum System ging.
Beim Großen Zapfenstreich der Bundeswehr für Angela Merkel spielte die Kapelle

unter anderem den populären Song der Punk-Sängerin Nina Hagen „Du hast den Farbfilm vergessen“. Das Lied wurde 1974 zum Hit und erfreute sich in der DDR größter Beliebtheit. Nina Hagen war überrascht von der Lieder-Wahl der Kanzlerin, so wie viele Ostdeutsche vor einigen Wochen von Merkels spätem Bekenntnis überrascht waren, dem zufolge die Kanzlerin mit dem westdeutschen Establishment immer gefremdelt habe. Nina Hagen schreibt auf Facebook, dass sie die Entscheidung zunächst nicht glauben konnte: „Das ist ein Song mit Text von Kurt Demmler, und dass jedoch der Kurt Demmler ein DDR-Staatsdichter mit Sonderprivilegien war, und später ein wegen systematischem Kindesmissbrauchs verurteilter Sexualstraftäter, der im Gefängnis Selbstmord beging, wird ihr hoffentlich bekannt sein.“
Nina Hagen distanziert sich dennoch nicht von dem Lied. Sie schreibt: „Aber ich werde mich nicht vor den Fakten verstecken, und auch nicht so tun, als gäbe es sie nicht. Mein Publikum kann und soll auch alle Zusammenhänge kennen. Sich vor der Wahrheit zu verstecken, wäre feige, sowas ist mir ein Greuel! Fakt ist, dass der Text-Dichter dieses Songs, Kurt Demmler, ein hochprivilegierter Künstler war in der DDR, ein staatstreuer Liedermacher, und besonders nach dem Fall der Mauer beging er schweren, systematischen Kindesmissbrauch, und dass er sich dann in der Untersuchungshaft im Knast Moabit erhängte und sich sang- und klanglos aus dem Staub machte, schmerzt umso mehr.“
Quelle: Berliner Zeitung

Anmerkung unserer Leserin J.H.: *Supertext von Nina Hagen*